

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D.M., Mauerstr. 5/6  
Gespächtsprech: Abtag 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Verzeitung seit ihr nichts — Vereintigt alles!

Wageigen- und Verbandsgelehrer sind an Otto Schmege, Berlin D. 24  
Mauerstr. 5/6 (Postfachkonto 5396), zu richten. — Bezugs-  
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.  
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnpäntige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

## Das Oberlandesgericht Hamburg zum Textilarbeiterstreik und der Mißbrauch der einstweiligen Verfügungen durch die Unternehmer.

In dem jüngst beendeten Streik der Textilarbeiter bei den dem Konzern der R. W. u. K. angeschlossenen Betrieben hatte das Landgericht Hamburg auf Grund der Anträge der Stern-Wollspinnerei Wahrenfeld G. m. b. H., der Hamburger Wollkammerei G. m. b. H. und der Firma Bischoff u. Rodas am 29. April 1927 gegen den deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Hamburg und Umgegend, sowie den Vorsitzenden der Filiale, den Kollegen Frauböse, eine einstweilige Verfügung erlassen, durch die sowohl dem Verband wie auch dem Kollegen Frauböse in jeder Weise verboten wurde, den bei den genannten Betrieben ausgebrochenen Streik in irgendeiner Weise zu unterstützen. Sogar die Auszahlung der statistischen Streikunterstützung wurde sowohl dem Verbande wie dem Kollegen Frauböse untersagt.

Der Deutsche Textilarbeiterverband, Filiale Hamburg und Umgegend, sowie der Filialvorsitzende Frauböse erhoben gegen diese einstweilige Verfügung am 3. Mai 1927 durch den Rechtsanwalt Genossen Dr. Rucheweyh Widerspruch. Eine Verhandlung über diesen Widerspruch fand vor der Zivilkammer des Landgerichts erst am 18. Mai 1927 statt, also ganze 15 Tage, vom Tage der Einspruchserhebung ab gerechnet an, später. Diese Zeitspanne erscheint um so beachtlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß die oben benannten Betriebe ihren Antrag bei der Zivilkammer des Landgerichts Hamburg auf Erlass der einstweiligen Verfügung am 27. April 1927 stellten und die einstweilige Verfügung selbst von dem genannten Gericht bereits am 29. April 1927, also zwei Tage später, erlassen worden war. Auf Grund der Verhandlung vor der Zivilkammer des Landgerichts am 18. Mai 1927 verkündete dasselbe am 25. Mai 1927 ein Urteil des Inhalts, daß die am 29. April 1927 erlassene einstweilige Verfügung aufrechterhalten bleibe.

Gegen dieses Urteil des Landgerichts Hamburg hat der Deutsche Textilarbeiterverband, Filiale Hamburg und Umgegend, sowie der mitbeklagte Vorsitzende Kollege Frauböse sofort, und zwar mit Schriftsatz vom 30. Mai 1927, Berufung eingelegt. Auch hier fällt augenscheinlich auf, daß auf Grund dieses Berufungsschriftsatzes vom 30. Mai 1927 das Oberlandesgericht den Berufungstermin unbegreiflicherweise erst auf den 8. Juli 1927 ansetzte. Rechnete man den Postweg ab, so bleiben immerhin noch 36 Tage Zwischenraum für den Termin, in dem die Berufung verhandelt werden sollte. Inzwischen war der Streik beendet und die klagenden Firmen mußten nun vor dem Oberlandesgericht erklären, daß die einstweilige Verfügung als solche durch die Beendigung des Streiks erledigt ist. Als Streitgegenstand blieb nun noch übrig, wer die Kosten dieses gesamten Verfahrens zu tragen hatte. Gleichzeitig hatte das Oberlandesgericht in diesem Verfahren auch darüber zu erkennen, ob die einstweilige Verfügung im Anfangs berechtigt war oder nicht. Je nachdem die Entscheidung über diese Frage ausfiel, mußten auch die Kosten verteilt werden. Auf Grund der Verhandlung vor dem Oberlandesgericht am 8. Juli 1927 entschied dasselbe durch Urteil vom 20. Juli 1927, daß die klagenden Firmen die Kosten zu tragen haben. Eine Begründung des Urteils liegt zurzeit noch nicht vor, aber allein schon aus dem kurzen Spruch des Urteils ergibt sich, daß das Oberlandesgericht in der Sache selbst sowohl dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Hamburg und Umgegend, wie auch dem Vorsitzenden Kollegen Frauböse recht gegeben hat. Somit bedeutet das Urteil eine glatte Rechtfertigung der Verbands- und Streikleitung. Eine nähere Besprechung der sicherlich sehr interessanten und wichtigen Gründe des Oberlandesgerichts Hamburg muß bis zum Eingang des Urteils vorbehalten bleiben.

Der Grund, weshalb schon jetzt datenmäßig der Gang des Verfahrens nach seinem vorläufigen Abschluß mitgeteilt wird, ist der, darauf hinzuweisen, wie grundtätlich die Rechtspflege in diesem Prozeß verfaßt hat. Seit dem 29. April 1927 bestand die einstweilige Verfügung des Landgerichts, unter deren schwerem Druck der gesamte Streik in Hamburg geführt werden mußte. Der Streik selbst wurde am 25. Juni beendet und erst durch Urteil vom 20. Juli 1927 wurde die einstweilige Verfügung aufgehoben. Es erscheint nach Lage der Dinge so, als ob sich die Gerichte der Tragweite einer solchen einstweiligen Verfügung bei derartigen schwierigen Wirtschaftskämpfen gar nicht bewußt sind. Undernfalls wäre es vollständig unverständlich, wie eine so überaus wichtige Frage so außerordentlich langsam, wie es insbesondere beim Oberlandesgericht in Hamburg der Fall gewesen ist, behandelt werden kann. Es mag richtig sein und es erscheint auch durchaus glaubhaft, daß das Oberlandesgericht mit Arbeit überlastet ist. In einem solchen Falle aber wie dem vorliegenden, in welchem innerhalb zwei Tagen eine einstweilige Verfügung auf Antrag der einen Partei ohne Anhören der andern Partei, gegen die sie beantragt wurde, zustande kam und

in die Lebensinteressen tausender streikender Arbeiter und Arbeiterinnen einschneidend eingriff, hätte das Oberlandesgericht und ebenso auch das Landgericht die unabwiesbare Pflicht gehabt, binnen kürzester Frist nach Einreichung der entsprechenden Rechtsmittel eine besondere Sitzung anzuberäumen. Es ist durchaus glaubhaft, daß durch einen solchen besonderen Antrag eine weitere außerordentliche Belastung des Gerichts entsteht, diese mühte aber bei einem solchen bedeutungsvollen Fall von den Gerichten ertragen werden. Tatsache ist, daß die Gerichte für den Dienst der

### Acht Stunden — genug geschunden!

Der Kampf um die Arbeitszeit, um den Achtstundentag, ist der Textilarbeiterschaft wie der Gesamtarbeiterschaft zum heiligen Vermächtnis geworden. Nichts läßt sie unversucht, um endgültig wieder den Achtstundentag als Höchstleistungszeit festzulegen. Noch sind aber die Widerstände zu groß, als daß sie eine einheitliche Festlegung für das gesamte Reichsgebiet ermöglichen können. Deshalb ist es zu begrüßen, daß in den einzelnen Bezirken ein Guerillakrieg um diese unsere Forderung geführt wird, der schon gute Erfolge gezeitigt hat.

So wird uns aus Greiz berichtet, daß es bei dem energischen und geschlossenen Vorgehen der Textilarbeiterschaft im dortigen Bezirk gelungen ist, für die weitaus größte Anzahl der in den dortigen Textilfabriken Beschäftigten den Achtstundentag festzulegen. Nach einer uns übersandten Aufstellung arbeiteten in Greiz einschließlich Elsterberg 38 Betriebe mit rund 7000 Beschäftigten wöchentlich 48 Stunden und nur 9 Betriebe mit rund 4000 Beschäftigten gehen über diese Arbeitszeit hinaus. Es wird der dortigen Arbeiterschaft, die in dem Willen nach Verkürzung der Arbeitszeit einig ist, gelingen, auch in den restlichen Betrieben ihre Forderung in die Tat umzusetzen.

Auch aus Thalheim im Erzgebirge wird uns berichtet, daß infolge der noch schwebenden Arbeitszeitverhandlungen die dortige Textilarbeiterschaft, die sehr gut organisiert ist, fast reiflos seit dem 1. Juli eine wöchentliche Höchstleistungszeit von 48 Stunden leistet. In nur ganz wenigen Ausnahmen geht die Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus, beträgt aber nicht mehr als 51 Stunden.

Diese beiden Beispiele beweisen, daß die Arbeiterschaft nicht willens ist, länger als 8 Stunden pro Tag zu arbeiten. Sie beweisen ferner, daß dort, wo es geschieht oder wo eine längere Arbeitszeit üblich ist, diese nur geleistet wird unter einem gewissen Zwang. Den Behörden sollte dieser Willensausdruck der Textilarbeiterschaft zu denken geben und sollten diese sich bei ihren Entscheidungen diesem Willensausdruck nicht entziehen.

Die Textilarbeiterschaft aber im allgemeinen wird und muß auch fernerhin die Waffen schärfen, um recht bald aus eigener Kraft bereits einmal Erungenes, aber nur vorübergehend Verlorenes, wieder zu erobern.

Rechtsuchenden da sind und die Rechtsuchenden nicht für die Gerichte. Mit erstaunlicher Freimütigkeit erklärte auch, was hierzu paßt, der Vorsitzende des Oberlandesgerichtsenats, daß die ordentlichen Gerichte für die Entscheidung eines solchen Prozesses gar nicht geeignet seien, man habe jetzt doch die Arbeitsgerichte, diese könnten einen solchen Prozeß viel besser bearbeiten. Eine solche Bemerkung fällt um so mehr auf, als ja doch gerade die juristischen Fachkreise mit der Einführung der Arbeitsgerichte durchaus nicht einverstanden waren. Der formelle Verlauf des vorliegenden Prozesses hat jedoch die Notwendigkeit der Einführung der Arbeitsgerichte gezeigt. Zu hoffen bleibt dabei natürlich, daß die Arbeitsgerichte, wenn sie vor einen solchen Rechtsstreit einmal gestellt werden, mit der für die Sache gebotenen Pünktlichkeit arbeiten werden.

Nicht nur in Hamburg, sondern auch in Leipzig hat man gegen die dortige Filiale und den Vorsitzenden derselben ebenfalls eine einstweilige Verfügung erwirkt. Allerdings, und das muß man hier anerkennen, hat das Landgericht Leipzig auf Grund des von uns gemachten Einspruches die Angelegenheit viel schneller behandelt, als wie es in Hamburg der Fall war und hat antragsgemäß auch dort die einstweilige Verfügung aufgehoben. Auch für Wernshausen wurde durch das Landgericht Meiningen eine einstweilige Verfügung verhängt.

Nicht nur die dem Konzern der R. W. u. K. angeschlossenen und am Streik beteiligten Betriebe haben durch Erwirkung einstweiliger Verfügungen den von ihnen selbst provozierten Streik zu führen unmöglich zu machen versucht, sondern darüber hinaus hat auch die Firma Erste deutsche Fein- und Jungarnspinnerei in Brandenburg a. d. S. durch eine einstweilige Verfügung erwirkt, daß wir in Brandenburg von der Firma fristlos entlassene, also arbeitslose Leute, auf Grund ihrer

statutarischen Rechte nicht unterstützen dürfen. Krasser ist durch die Unternehmer noch in keinem Fall mit der einstweiligen Verfügung Mißbrauch getrieben worden, als wie es hier in diesem Fall geschah. Ohne uns zu hören hat das Landgericht in Potsdam auf Antrag der genannten Firma die von dieser gewünschte einstweilige Verfügung erlassen. Die Firma behauptete ganz einfach, daß die von ihr fristlos entlassenen Leute Streifende seien. Ohne sich davon zu überführen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, tritt das Gericht dieser Behauptung bei und erläßt die gewünschte einstweilige Verfügung.

Umgekehrt aber liegen die Dinge, wenn von unserem Verband aus der Antrag auf eine einstweilige Verfügung bei den ordentlichen Gerichten gestellt wird; so wurde z. B. für den Betrieb in Langensalza, der dem Norddeutschen Wollkonzern angeschlossen ist, von einem vom Reichsarbeitsminister besonders beauftragten Schlichter ein Schiedsspruch gefällt, der u. a. auch die Einstellung der Belegschaft vorsieht und beiderseitig Maßregelungen verbietet. Dieser Schiedsspruch wurde von Arbeitnehmerseite angenommen, von Arbeitgeberseite abgelehnt. Auf Antrag der Arbeitnehmerseite wurde dieser Schiedsspruch vom Herrn Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt, trotzdem kommt die Firma den ihr aus dem Schiedsspruch erwachsenen Verpflichtungen in betr. der Wiedereinstellungen und der Maßregelungen nicht nach. Ein vom Rechtsanwalt Dr. Oberhoff beim zuständigen ordentlichen Gericht gestellter Antrag, durch eine einstweilige Verfügung die Firma zu verpflichten, dem der Arbeiterschaft aus dem Schiedsspruch erwachsenen Rechte Rechnung zu tragen, wurde abgelehnt.

Hier drängt sich die Frage auf, warum in der deutschen Rechtspflege mit zweierlei Maß gemessen wird. Durch solche Vorgänge muß ganz natürlich das Vertrauen in großen Kreisen der deutschen Bevölkerung im allgemeinen und der Textilarbeiterschaft im besonderen zu der von den Gerichten gehandhabten Rechtspflege Schiffbruch erleiden.

### Betriebskrankenkasse oder Allgemeine Ortskrankenkasse?

Im Herbst 1927 soll in den gesetzgebenden Körperschaften über eine Reform der Krankenversicherung verhandelt werden. Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiterschaft an diesen Verhandlungen tätigen Anteil nimmt. Einen nicht unwichtigen Punkt hierbei bildet die Frage Betriebskrankenkasse oder Allgemeine Ortskrankenkasse. Bei den Unternehmern größerer Betriebe wächst im allgemeinen der Wunsch, eigene Betriebskrankenkassen zu schaffen, oder bestehende unter allen Umständen zu erhalten. In Nummer 14 der „Betriebsräte-Zeitschrift“ für die Funktionäre der Metallindustrie befindet sich ein Artikel des Genossen Helmut Lehmann, Vorsitzender des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, der uns beachtlich erscheint. Genosse Lehmann geht auf die Gründe ein, die den Unternehmer veranlassen, auf die Errichtung von Betriebskrankenkassen bedacht zu sein. Vor allen Dingen erinnert er an die Vorschrift, daß eine Betriebskrankenkasse nach § 245 der Reichsversicherungsordnung nur mit Zustimmung des Betriebsrates errichtet werden kann. Verlangt der Betriebsrat die Zustimmung, so darf die Kasse vom Oberversicherungsamt nicht genehmigt werden. Erfolgte die Genehmigung trotzdem irrtümlicherweise, so ist nach § 273 der Reichsversicherungsordnung die Kasse sofort wieder zu schließen. Das außergewöhnliche Uebergewicht, welches der Unternehmer auf die Betriebskrankenkasse ausübt, geht schon daraus hervor, daß er den Vorschlag im Ausschuß und im Vorstand innehat. Ferner bestellt er die Angestellten der Kasse. Die versicherten Vertreter haben mithin wenig Einfluß auf Anstellung und Betätigung der Angestellten. Wenn auf die weiterausgebaute Familienhilfe der Betriebskrankenkasse hingewiesen wird, so ist daran zu erinnern, daß z. B. die Ortskrankenkassen im Jahre 1925 für ihre 11,6 Millionen Versicherten nur 0,7 Millionen Mark an Zusatzbeiträgen erhoben haben, während die Betriebskrankenkassen 2,6 Millionen Mark dafür erhoben, obwohl sie nur 3,3 Millionen Versicherte haben. Genosse Lehmann faßt seine Ansicht folgendermaßen zusammen: „Zweifellos am schwersten wiegt der Nachteil, daß die Betriebskassen wie jede Sondertasse den Gemeinschaftsgedanken der Krankenversicherung untergraben. Man stelle sich einmal vor, daß alle Betriebe, die dazu in der Lage wären, Betriebskassen gründen würden. Dann blieben für die allgemeinen Kassen nur die gesundheitlich anfälligen, miserabel entlohnerten Versicherten übrig, auf die eine gute Krankenversicherung nicht aufgebaut werden könnte. Diese Tatsache allein muß die organisierte Arbeiterschaft abhalten, für die Gründung von Betriebskassen einzutreten. Ihr Ziel muß vielmehr die eine, alles umfassende Kasse sein. In ihr allein kommt die Selbstverwaltung der Versicherten ideal zum Ausdruck, nur sie ist befähigt, einer denkbar großen Menge Versicherter mit einem zahlenmäßig kleinen Kreise von Bevorzugten gute Leistungen zu gewähren.“









Berichte aus Fachkreisen.

Bernau. Daß es auch in der Jetztzeit in den Betrieben Vorgesetzte gibt, die da glauben, mit ihren Arbeitern umspringen zu können wie sie wollen, zeigt ein Fall in der hiesigen Seidenweberei von G. B. Dehme.

Wir wollen darüber an dieser Stelle nichts sagen, ob die Strafe, angeordnet der Tat, eine gerechte ist. Sagen wollen wir aber, daß wir es unerhört finden, daß ein Meister sich zu Derartigem hinreißen läßt.

Der Arbeiter dieses Betriebes müßt doch endlich erkennen, daß sie vor Übergriffen aller Art nur geschützt ist, wenn sie als Sachwalter ihrer Interessen die Berufsorganisation hinter sich hat.

Breslau. Ein gemeinsames Treffen veranstaltete die hiesige Frauengruppe unseres Verbandes am Sonntag, dem 16. Juli, mit der Gruppe Reichenbach in Schlesien.

Am 17. morgens galt es, Abschied zu nehmen von den Reichenbachern. Eine Wanderung in die nähere Umgebung wurde unternommen und dabei auch das alte Feilungswerk besichtigt, in dem der Reichsbühnenleiter Fritz Neuter 3 Jahre lang als politischer Verbinder gearbeitet hat.

Allen Teilnehmern werden die gemeinsam verlebten schönen Stunden unendlich sein. Der Reichenbacher Frauengruppe sei auch von der Stelle aus nochmals für ihre freundliche Aufnahme herzlich gedankt.

Opfer des Unwetters.

Dresden. Die furchtbare Unwetterkatastrophe im Gontka- und Matigal forderte auch zwei Mitglieder unseres Verbandes als Todesopfer.

Im blühenden Alter von 24 und 27 Jahren fanden unsere bei der Firma Küster beschäftigten Kolleginnen Martha Fischhoff und Ida Weiße aus Berggießhübel in der Schreckensnacht vom 8. zum 9. Juli durch die entfesselten Naturgewalten den Tod.

Den Hinterbliebenen unserer Mitglieder an ihrem Hab und Gut schwer geschädigt worden. Einem Kollegen wurde sein Haus und all sein Eigentum von den rasenden Fluten hinweggespült; er konnte nur noch sein und seiner Familie Leben retten.

Die Hinterbliebenen unserer tödlich verunglückten Kolleginnen sprechen wir nochmals von dieser Stelle aus unser herzlichstes Beileid aus. Auch wir werden nach unseren Kräften dazu beitragen, die furchtbaren Schäden, die das Unwetter verursacht, zu beheben.

Wird weit übertroffen. Denn wenn diese bereits in knapp sieben Tagen die Lieberfahrt bewältigen, so braucht die Balken-Klasse der Hapag zehn Tage. Dafür sind diese Art Schiffe aber zweifellos viel wirtschaftlicher. Sie sind Passagierschiffe und vermögen trotz ihrer glänzenden Einrichtungen große Mengen Frachtgut zu laden.

Für die Sicherheit der Passagiere und der Ladung wurden alle Vorkehrungen getroffen. Hoch emporgeführte



Überdies sollen das Sinken des Schiffes bei Beschädigung durch die See nicht noch an Vorfahrt für alle Fälle der Hapag zu Gute kommen, ist zweifellos gelassen. Es sind die üblichen Vorkehrungen, wie Feuerlöcher, drahtlose Telephonanlage, Rettungsbojen, Rettungsbojen, Rettungsbojen, Unterwasserbojen, Rettungsbojen mit Selbstentzündung usw. Der Dampfer „New York“ kann sich also während der Fahrt in dieser schwimmenden Stadt verhalten, wie in der überdachten Stadt verhalten.

Der Dampfer kann 1136 Passagiere befördern; die Mannschaften umfassen 4 Köpfe. Die erste Klasse des Schiffes bietet

Füssen. Im Rahmen „einer proletarischen Feiertunde“ sprach am Donnerstag, dem 14. Juli, Kollege Schrader-Berlin, über die „Indienreise“. Nahezu 600 Personen füllten den geräumigen Saal, der sich in ein festliches Kleid geworfen hatte.

Der vom Deutschen Textilarbeiterverband in Döbau abgehaltene „Bezirksfrauenabend“ hatte einen recht guten Besuch aufzuweisen. Die Elsterberger Kolleginnen waren besonders zahlreich erschienen.

Am Abend selbst wurde ein kurzer Bericht über den Ferienkursus in Tännich gegeben. Nachdem die Vorsitzende die Anwesenden begrüßt hatte, entledigten sich zwei Kursteilnehmerinnen ihres Auftrags. Ihre einstündigen Ausführungen, die in großen Zügen das dort Gehörte wiedergaben, zeigten so recht, daß schon ein Wochenkursus für interessierte Kolleginnen vieles bieten kann.

Der Vortrag der Kollegin Rijsche wurde von den Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit angehört und erntete starken Beifall. Der Vorsitzende, Kollege Fischer, sprach die Hoffnung aus, Kollegin Rijsche bald wieder einmal in Kulmbach begrüßen zu dürfen.

Müncheberg-G. Einer Einladung zu einer Frauensammlung am 14. Juli war eine stattliche Zahl unserer Kolleginnen gefolgt. Kollegin Rijsche, Berlin, sprach über Rechte der Frauen und Mädchen führt. Sie verstand es ausgezeichnet, alle die Frauen — insbesondere die der Mutter und Tochter — betreffenden Probleme herauszuarbeiten und den Kolleginnen vor Augen zu führen, wie vielseitig unser Verband Interesse der Frauen und Mädchen arbeitet.

Die Ortsverwaltung war damit nicht nur ein ideeller, sondern auch propagandistischer Erfolg in der Stadt beschieden.

Redner schilderte den Anwesenden die kleinsten gewerkschaftlichen Anfänge bis zur rapid ansteigenden Höhe (1920). Die Rückläufe und ihre Ursachen wurden klargestellt. Den Hauptteil bestritt der Referent aber mit den augenblicklichen wichtigsten Fragen. Er zeigte, wie die frühere Hülle der Gewerkschaften, viel zu eng für die Jetztzeit und ihre Probleme, gesprengt werden mußte und die Gewerkschaften jetzt sich in allen Fragen wirtschaftlicher und politischer Art einfinden müssen.

Kulmbach. Am Mittwoch, dem 13. Juli 1927, war die Kollegin Rijsche, Berlin, in Kulmbach anwesend und sprach in einer Versammlung über das Thema: „Der Kampf der Textilarbeiter und -arbeiterinnen.“

Die Kollegin Rijsche schilderte den Anwesenden, wie gering schon in früherer Zeit die Frauenarbeit bewertet wurde. Besonders in der Textilindustrie wurde die Frauenarbeit benützt, den Lohn der Männer herabzudrücken. Dagegen haben sich zuerst die Arbeiter zur Wehr gesetzt und nach dem Fall des Sozialistengesetzes sich im Textilarbeiterverband zusammengeschlossen. Die Gewinnung

Raum für 250 Passagiere, die zweite Klasse ist für 460 und die dritte Klasse ebenfalls für diese Zahl eingerichtet. Die erste Kajüte ist trotz von Luxus und Komfort. Prachtige Gesellschaftsräume, ein Speisesaal, der keinesgleichen sucht, Rauch-, Les- und Schreibzimmer schließen sich an. An der Steuerbordseite ist eine förmliche Ladenstraße vorhanden, wo man alles (Konfitüren, Blumen, Bücher, Sportartikel usw.) kaufen kann. Ein reizender Wintergarten ist zum Aufenthalt und zur Veranstaltung von Tanzabenden, Gesellschaftsfeiern usw. gut geeignet. Cafés, Restaurationsräume vervollständigen das Bild.

Die Kollegin Rijsche schilderte den Anwesenden, wie gering schon in früherer Zeit die Frauenarbeit bewertet wurde. Besonders in der Textilindustrie wurde die Frauenarbeit benützt, den Lohn der Männer herabzudrücken. Dagegen haben sich zuerst die Arbeiter zur Wehr gesetzt und nach dem Fall des Sozialistengesetzes sich im Textilarbeiterverband zusammengeschlossen. Die Gewinnung

klein, wenn man die gesamte Menschheit in Betracht zieht und doch, wie würde sich der Blick gerade des arbeitenden Menschen weiten, wenn ihnen eine Reise mit solchen Schiffen von Erdbteil zu Erdbteil möglich wäre. Gerade der aufmerksame Beobachter eines Luxusdampfers wird den festeren Boden mit dem Vorsatz wieder betreten, alles daranzusetzen, damit das Los der Menschheit so weit gebessert wird, daß vielen unter ihnen eine Seereise auf einem solchen schwimmenden Palast möglich ist. Was würden die Jünglinge des Kolumbus sagen, wenn sie einmal einen Vergleich zwischen ihrer Ruffschale und dieser Art Schiffe anstellen könnten?

Was das neue Schiff noch an Besonderheiten hat, das ist ein Spiel- und Sportplatz in der Größe von 520 Quadratmeter. Zwei Partien können zugleich Tennis spielen. Ein Fußballplatz ist ebenfalls vorhanden. Die Regelbahn ist 22 Meter lang. Ein Schießstand und andere abwechslungsreiche Sportmöglichkeiten vervollständigen das Bild. Kurzum, es ist alles da! Wir verweisen auf die

beigegebenen Schaubilder. Es wird kein Passagier etwas vermissen. Der Dampfer „New York“ dürfte, was Einrichtung und Unterhaltungsmöglichkeiten anbelangt, die höchste Stufe erreicht haben. Ein Wunderwerk der Technik.

Doch bei all der schwimmenden Pracht geht einem vor allem eins an die Seele: daß es nur wenigen Menschen möglich ist, Reisen mit solchen Schiffen machen zu können. Der Prozentsatz, dem dies vergönnt ist, ist winzig.

der Frauen für die Organisation war ein schweres Stück Arbeit. Die öffentliche Meinung, daß die Frau ins Haus gehöre und geistlichen Bestimmungen des Vereinsrechtes, die eine politische Betätigung der Frau ausschalteten, standen dem entgegen.

Die öffentliche Meinung, daß die Frau ins Haus gehöre und geistlichen Bestimmungen des Vereinsrechtes, die eine politische Betätigung der Frau ausschalteten, standen dem entgegen.

Der Vortrag der Kollegin Rijsche wurde von den Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit angehört und erntete starken Beifall. Der Vorsitzende, Kollege Fischer, sprach die Hoffnung aus, Kollegin Rijsche bald wieder einmal in Kulmbach begrüßen zu dürfen.

Müncheberg-G. Einer Einladung zu einer Frauensammlung am 14. Juli war eine stattliche Zahl unserer Kolleginnen gefolgt. Kollegin Rijsche, Berlin, sprach über Rechte der Frauen und Mädchen führt. Sie verstand es ausgezeichnet, alle die Frauen — insbesondere die der Mutter und Tochter — betreffenden Probleme herauszuarbeiten und den Kolleginnen vor Augen zu führen, wie vielseitig unser Verband Interesse der Frauen und Mädchen arbeitet.

Die Ortsverwaltung war damit nicht nur ein ideeller, sondern auch propagandistischer Erfolg in der Stadt beschieden.

Redner schilderte den Anwesenden die kleinsten gewerkschaftlichen Anfänge bis zur rapid ansteigenden Höhe (1920). Die Rückläufe und ihre Ursachen wurden klargestellt. Den Hauptteil bestritt der Referent aber mit den augenblicklichen wichtigsten Fragen.

Kulmbach. Am Mittwoch, dem 13. Juli 1927, war die Kollegin Rijsche, Berlin, in Kulmbach anwesend und sprach in einer Versammlung über das Thema: „Der Kampf der Textilarbeiter und -arbeiterinnen.“

Die Kollegin Rijsche schilderte den Anwesenden, wie gering schon in früherer Zeit die Frauenarbeit bewertet wurde. Besonders in der Textilindustrie wurde die Frauenarbeit benützt, den Lohn der Männer herabzudrücken.

klein, wenn man die gesamte Menschheit in Betracht zieht und doch, wie würde sich der Blick gerade des arbeitenden Menschen weiten, wenn ihnen eine Reise mit solchen Schiffen von Erdbteil zu Erdbteil möglich wäre. Gerade der aufmerksame Beobachter eines Luxusdampfers wird den festeren Boden mit dem Vorsatz wieder betreten, alles daranzusetzen, damit das Los der Menschheit so weit gebessert wird, daß vielen unter ihnen eine Seereise auf einem solchen schwimmenden Palast möglich ist.

Was das neue Schiff noch an Besonderheiten hat, das ist ein Spiel- und Sportplatz in der Größe von 520 Quadratmeter. Zwei Partien können zugleich Tennis spielen. Ein Fußballplatz ist ebenfalls vorhanden. Die Regelbahn ist 22 Meter lang. Ein Schießstand und andere abwechslungsreiche Sportmöglichkeiten vervollständigen das Bild.

beigegebenen Schaubilder. Es wird kein Passagier etwas vermissen. Der Dampfer „New York“ dürfte, was Einrichtung und Unterhaltungsmöglichkeiten anbelangt, die höchste Stufe erreicht haben. Ein Wunderwerk der Technik.

Doch bei all der schwimmenden Pracht geht einem vor allem eins an die Seele: daß es nur wenigen Menschen möglich ist, Reisen mit solchen Schiffen machen zu können. Der Prozentsatz, dem dies vergönnt ist, ist winzig.

Mitarbeiter am „Textilarbeiter“ sein heißt: Der Organisation und damit der Textilarbeiterschaft dienen. Kolleginnen! Kolleginnen! Werdet Mitarbeiter an eurer Zeitung. Sendet Berichte über die Allgemeinheit interessierende Vorgänge in den Betrieben und den Ortsgruppen an uns ein.

Literatur. Ein Müncheberg für das Arbeiterhaus. Wie der Verlag J. S. W. B. nachfolgend, bereitet er die Ausgabe eines „Eigenbüchlein der Arbeiter“. Das Buch gleichzeitig ein Weihnachtsgeschenk für jung und alt sein soll an der Ausstattung nichts gespart. Erhöhtem soll der Preis gemessen als Sonderangebot nur etwa 5 bis 6 Mark betragen. Das Buch wird eine lustige Reihe von Märchen und Eagen aller Völker bieten, deren Inhalt in Überwiegend in der Verbindung zur Arbeit und zur politischen und kulturellen Bewegung des arbeitenden und unterdrückten Volkes aller Zeiten steht. Genosse Friedrich Wendel, der unter peinlichster Wahrung der alten Legende die geschichtlichen und volkstümlichen Erläuterungen der einzelnen Eagen geschrieben hat, ist bemüht gewesen, ein Volksbuch im besten Sinne des Begriffs zu geben. Vorausbestellungen auf das „Eigenbüchlein der Arbeiter“ nimmt die „Textilarbeiter-Zeitung“ Berlin D. 24, Memeler Str. 8/9, entgegen.

